



Gründung der DDR

7. Oktober 1949

Demokratie auf sowjetisch

♀ steht für die weibliche Form des vorangegangenen Begriffs

Der sowjetrussische Diktator Josef Wissarionowitsch Stalin schickte ein Glückwunschtelegramm. Die sowjetische Besatzungszone Deutschlands (SBZ) war am 7. Oktober 1949 zur „Deutschen Demokratischen Republik“ (DDR) erklärt worden. Das sei, so telegraphierte Stalin, „ein Wendepunkt in der Geschichte Europas.“

Stalin bejubelte sich selbst. Denn letztlich war er es ja gewesen, der die Umwandlung der SBZ in eine kommunistische Parteidiktatur nach sowjetischem Vorbild gesteuert hatte – mit Hilfe der Sowjetischen Militäradministration (-regierung) in Deutschland (SMAD) und deutscher Kommunisten♀. Aus ihrem Moskauer Exil schickte er schon im April 1945 zehn von ihnen mit Spezialaufträgen nach Berlin. Walter Ulbricht leitete die Gruppe und verkündete als Marschroute für ihre Arbeit: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“

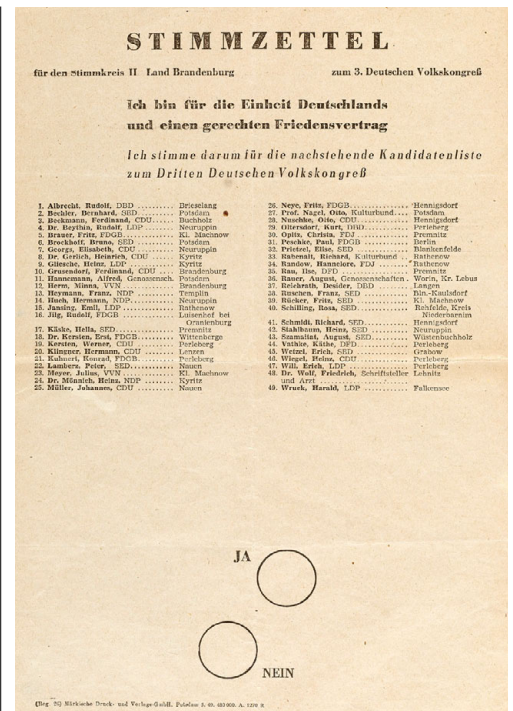
Zur gleichen Zeit schärfte der erste Chef der SMAD, Marschall Schukow, seinen Offizieren ein: „Wen wir unterstützen müssen, das ist die Kommunistische Partei Deutschlands.“ Diese Zusammenarbeit funktionierte: Die SMAD ließ neben der KPD auch SPD, CDU und Liberaldemokraten als politische Parteien in der SBZ zu, aber sie verlangte, dass sie sich in einem „Block“ zusammenschließen, in dem sie der KPD nicht widersprechen durften. Taten sie es trotzdem, dann konnten Parteiführer ganz schnell von der SMAD abgesetzt werden. Ganz Widerspenstige holte die sowjetische Geheimpolizei ab und ließ sie in einem ihrer „Speziallager“ verschwinden. Die Lebensbedingungen dort waren unmenschlich, jeder♀ dritte Gefangene starb.

Um lästige Konkurrenz auszuschalten, betrieb die KPD 1946 die Verschmelzung mit der SPD zur „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED). Widerstrebende SPD-Funktionäre♀ machte die SMAD gefügig.

Zur sogenannten „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ in der SBZ gehörte ein Umbau der Gesellschaft, bei dem SMAD und deutsche Kommunisten♀ Hand in Hand arbeiteten. In einer Bodenreform wurde 1945 der Grundbesitz über 100 ha entschädigungslos enteignet und aufgeteilt, Industriebetriebe wurden 1946 in großem Umfang verstaatlicht. Bereits Anfang 1948 entstand eine Art Regierung für die gesamte SBZ. Die Schlüsselstellungen hatte die SMAD mit SED-Mitgliedern besetzt.

Als demokratische Verbrämung startete die SED mit Unterstützung der SMAD die Volkskongressbewegung.

Ohne vom Volk gewählt zu sein, trat Ende 1947 ein 1. „Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden“ zusammen. Ein 2. Volkskongress legte 1948 den Verfassungsentwurf für eine „Deutsche Demokratische Republik“ (DDR) vor, ein 3. Volkskongress sollte ihn billigen. Dazu wurde am 15. und 16. Mai 1949 in der SBZ eine „Wahl“ veranstaltet (vgl. *Arbeitsaufgabe 1*). Der 3. Volkskongress billigte auftragsgemäß den Verfassungsentwurf und setzte einen „Deutschen Volksrat“ ein. Dieser ernannte sich dann am 7. Oktober 1949 selbst zum vorläufigen Parlament der DDR („Volkskammer“) und erklärte die Gründung der DDR. 1950 sollte es ordentliche Wahlen zur Volkskammer geben, in denen die Wähler♀ unter verschiedenen Parteien auswählen könnten. Doch dieses Risiko ging die SED in den folgenden 40 Jahren nie ein.



1 Wie sehen demokratische Wahlen aus ?

➡ 1. Vergleicht in Arbeitsgruppen den hier abgedruckten Stimmzettel zum 3. Volkskongress mit dem Stimmzettel zur ersten Bundestagswahl 1949 (Internet: [Suchbegriff > HDG Stimmzettel Bundestagswahl 1949](#)). Welche Unterschiede stellt ihr fest?

➡ 2. Zieht zum Vergleich den Stimmzettel zu einer „Wahl“ in der NS-Diktatur (Reichstagswahl 1938) heran (Internet: [Suchbegriff > stimmzettel-anschluss.jpg](#)). Was fällt euch auf?

➡ 3. Stellt Grundsätze auf, die für Wahlen gelten sollten, die tatsächlich demokratisch sind und nicht nur „demokratisch aussehen“.



Zweimal Deutschland?

Seit dem 7. Oktober 1949 gab es zwei Staaten in Deutschland. Beide waren bei ihrer Gründung nicht souverän. Sie standen weiterhin unter der Aufsicht der jeweiligen Siegermächte. Eine „Hohe Kommission“ überwachte die Bundesregierung, die „Sowjetische Kontrollkommission“ (SKK) die DDR-Regierung. Die Besatzungstruppen blieben im Land. Demontagen von Industrieanlagen für Reparationszwecke gingen weiter.

Die DDR gab sich bei ihrer Gründung gesamtdeutsch. Ihre Fahne Schwarz-Rot-Gold war identisch mit derjenigen der Bundesrepublik Deutschland. In den Ausweisen stand – wie im Westen – die Staatsangehörigkeit „deutsch“. DDR-Autos fuhren mit dem internationalen Nationalitätskennzeichen für Deutschland: „D“.

Selbst zwischen der DDR-Verfassung von 1949 und dem Grundgesetz von 1949 gab es Übereinstimmungen. Die waren jedoch trügerisch. So garantierten zum Beispiel beide Verfassungen das Grundrecht auf Meinungsfreiheit. Aber ein absichtlich ungenau formulierter weiterer Artikel der DDR-Verfassung hob diese Freiheit gleich wieder auf. Er erlaubte es, politisch Missliebige dadurch mundtot zu machen, dass man sie wegen „Boykotthetze“ vor Gericht stellte. Da konnte es schon genügen, weiterzuerzählen, was man in einem Westsender gehört hatte oder sich zu den „Zeugen Jehovas“ zu bekennen, um für lange Jahre ins Zuchthaus zu kommen.

— **Tipp:** Mehr dazu: www.bpb.de/shop > Infos zur pol. Bildung > Geschichte der DDR > Der Ausbau des neuen Systems



— Abb.: Briefmarke aus dem Jahr 1951 mit Stalin (links) und Pieck (rechts)

2 Welcher ist der rechtmäßige deutsche Staat?

➔ Vergleiche in Arbeitsgruppen die **Quellen A und B** und notiere Antworten zu folgenden Fragen:

- Welchen Anspruch erhebt DDR-Präsident Pieck am 11.10.1949 für die soeben gegründete DDR?
- Wie begründet er diesen Anspruch?
- Welchen Anspruch erhebt Bundeskanzler Adenauer zehn Tage später für die Bundesrepublik Deutschland?
- Wie begründet er diesen Anspruch?
- Wie bewertest du die Aussagen aus heutiger Sicht?

A Wilhelm Pieck (SED) am 11.10.1949 nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten der DDR:

„Die Freude und Genugtuung des deutschen Volkes über die wiedererlangte Souveränität, über die Gründung eines selbständigen, freien Deutschland, unserer Deutschen Demokratischen Republik, wird getrübt durch die Tatsache, daß Deutschland durch die westlichen Besatzungsmächte zerrissen wurde.[...]

Diese Regierung, die die Interessen des gesamten deutschen Volkes wahrnimmt und die Legitimation (*Berechtigung*) besitzt, für das ganze deutsche Volk zu sprechen, wird durch ihre Arbeit den Kampf um den Frieden, um die nationale Einheit Deutschlands und die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West auf einer höheren Ebene fortsetzen und zum Siege führen.

Niemals wird die Spaltung Deutschlands [...] von der Deutschen Demokratischen Republik anerkannt werden, und nicht eher werden wir ruhen, als bis die widerrechtlich von Deutschland losgerissenen [...] Teile Deutschlands mit dem deutschen Kerngebiet, mit der Deutschen Demokratischen Republik, in einem einheitlichen demokratischen Deutschland vereinigt sind.“

— *Quelle:* Carl Christoph Schweitzer: Die deutsche Nation. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1976, S. 511 f.

B Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) am 21.10.1949 im Deutschen Bundestag:

„Ich stelle folgendes fest: In der Sowjetzone gibt es keinen freien Willen der deutschen Bevölkerung. Das, was jetzt dort geschieht, wird nicht von der Bevölkerung getragen und damit legitimiert [*gebilligt*].“

Die Bundesrepublik Deutschland stützt sich dagegen auf die Anerkennung durch den frei bekundeten Willen von rund 23 Millionen stimmberechtigter Deutschen. Die Bundesrepublik Deutschland ist somit bis zur Erreichung der deutschen Einheit insgesamt die alleinige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes [...]

Die Bundesrepublik Deutschland fühlt sich auch verantwortlich für das Schicksal der 18 Millionen Deutschen, die in der Sowjetzone leben. Sie versichert sie ihrer Treue und ihrer Sorge.

Die Bundesrepublik Deutschland ist allein befugt, für das deutsche Volk zu sprechen.“

— *Quelle:* Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Bd. 1, S. 308